

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Thema, das uns in dieser Woche sowohl in der Landesgruppe als auch in der Fraktion beschäftigt hat, war die Situation in Berlin nach der Abwahl Eberhard Diepgens.

Angela Merkel, die am Montagabend in der Landesgruppe zu Gast war, berichtete über die „Kandidatensuche“ und ihren Entschluß, dem Landesverband Berlin letztendlich die Entscheidung zu überlassen.

Dies stieß nicht unbedingt auf einhellige Zustimmung, da ein Großteil der Abgeordneten deutlich die überregionale Bedeutung der Neuwahlen in Berlin ansprach.

Durch die Anwesenheit des Berliner Kandidaten Frank Steffel in der Fraktion hatten wir dann die Möglichkeit, ihn nicht nur reden zu hören, sondern auch kennen zu lernen.

Frank Steffel machte einen angenehmen und sympathischen Eindruck, seine ausgezeichneten Berlinkenntnisse in Verbindung mit der Fähigkeit, Menschen auch sprachlich zu fesseln, ließen uns die Berliner Entscheidung verstehen.

Dem Wunsch nach Unterstützung kam die NRW-Landesgruppe gern nach, am nächsten Montag werden wir gemeinsam mit Frank Steffel in den Wahlkampf ziehen.

(Weitere Infos auf S.2 und S.3)

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

SPD bringt Kommunisten
an die Macht – Berlin als
Testfall für
Deutschland ...S.2

Soziale Sicherung für
Prostituierte
ermöglichen ...S.4

Das ist mein
Abschwung ...S.5

Experten: Neue
Familienförderung kann
auch zu Mehrbelastungen
führen ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

SPD bringt Kommunisten an die Macht - Berlin als Testfall für Deutschland



►► Die Neuwahlen in Berlin sind keine regionale Angelegenheit. Sie gehen uns alle an. Mit Berlin wird im In- und Ausland automatisch ganz Deutschland verbunden.

Die SPD hat mit dem Argument ostdeutscher Besonderheiten ihre bisherige Zusammenarbeit mit der PDS in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern Stück für Stück ausgebaut und verteidigt. Sie hat die PDS so gestärkt. Berlin ist aber kein ostdeutsches Land. Berlin steht stellvertretend für die Unmenschlichkeit des Mauerbaus, aber auch für die Überwindung des Sozialismus und für die Einheit und Freiheit unseres Landes.

Das neue „Argument“ der SPD ist nun, daß man mit „allen demokratisch gewählten Parteien“ koalieren könne. Diese Dreistigkeit ist kaum noch zu überbieten, denn dann hält die SPD auch Parteien wie die rechtsradikale DVU in Sachsen-Anhalt für koalitionsfähig. Es ist noch nicht allzu lange her, da war es Konsens zwischen den großen Parteien, nur mit demokratischen Parteien zu koalieren, radikale Parteien sollten unbeachtet bleiben. Wie sieht es denn da bei der PDS aus?

Im letzten Verfassungsschutzbericht wurde die PDS genannt, eine Aufhebung der Beobachtung steht nicht bevor. Warum wohl nicht?

80 Prozent ihrer Mitglieder sind alte SED-Kader. Die PDS betreibt ausgesprochene Klientelpolitik für die Nutznießer der DDR, die Opfer der DDR sind ihr egal. Der Immunitätsausschuß des Bundestages hat 1998 mit den Stimmen der SPD festgestellt, daß der heutige Spitzenkandidat der PDS Gysi Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi gewesen ist. Als Anwalt hat er Interna über seine Mandanten weitergegeben und damit - so der Fachausdruck - Mandantenverrat betrieben.

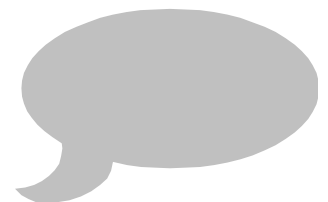
Ein stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender hat noch vor einigen Tagen den Mauerbau in Berlin als friedensichernd bezeichnet. Offen wird wieder davon gesprochen, daß die Verstaatlichung von Konzernen weiter zu den Zielen der PDS gehört.



Nach der Landesgruppensitzung sprach ich mit Angela Merkel auch über den Wahlkampf 2002.

Solange die PDS eine Regionalpartei ist, hält sich ihr Einfluß in Grenzen. Jetzt aber will die SPD sie bundesweit einflußfähig machen. SPD- Generalsekretär Müntefering hält nicht nur im Berliner Abgeordnetenhaus eine Koalition mit der PDS für möglich. Angeblich will er zwar für 2002 auf Bundesebene keine, aber schon für 2006 schließt er sie nicht mehr aus. Und von Schröder kein Ton dazu.

Die Strategie ist klar: In allen ostdeutschen Ländern will die SPD langfristig mit der PDS regieren und bei der Schwäche der Grünen schließlich dann auch im Bund. Deshalb müssen wir alles tun, um die CDU in Berlin zu unterstützen, unabhängig davon, was wir von deren parteiinternen Vorgehensweisen halten. Hier geht es um uns alle! <<<



Spruch der Woche

"Die Politik wartet lieber bis es brennt – weil sich dann Feuerwehrationen besser verkaufen lassen.."

Michael Rogowski,
BDI-Präsident, über die
Rentenreform der
Bundesregierung

Soziale Sicherung für Prostituierte ermöglichen



►► | Zwei Anhörungen beschäftigten sich in dieser Woche mit dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur sogenannten Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Prostituierten. Für meine Fraktion kann ich folgendes Ergebnis festhalten.

Mit der christlichen Vorstellung von Menschenwürde ist der Kauf einer sexuellen Dienstleistung, die den Körper zur Ware degradiert, unvereinbar. Prostitution ist daher **kein** "Beruf wie jeder andere". Der freie Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen ist aber wertneutral und spiegelt die Fürsorgepflicht des Staates für alle seine Bürgerinnen und Bürger wider.

Die soziale Absicherung von Prostituierten war bisher nicht ausreichend möglich. Die Menschenwürde gebietet es, Prostituierten einen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen zu eröffnen. Fest steht aber auch, daß die in den Gesetzentwürfen gemachten Vorschläge für dieses Ziel weder sinnvoll noch geeignet sind. Im Gegenteil: Die faktischen und juristischen Bedenken der Fachleute gegen die Pläne der rot-grünen Koalition sind schwerwiegend.

Zivilrechtliche und strafrechtliche Änderungen sind überflüssig. Dagegen müssen die Eingriffsmöglichkeiten gegen kriminelle Begleiterscheinungen von Prostitution und Menschenhandel gestärkt werden. Daher ist die Streichung des §180 a, Absatz 1 Ziffer 2 StGB wenig hilfreich. Sie nimmt der Polizei Zugriffsrechte, die sie zur Bekämpfung dieser Delikte dringend benötigt. Allerdings könnte eine Klarstellung hilfreich sein, die deutlich macht, daß Gesundheitsvorsorge und gute hygienische Bedingungen nicht den Tatbestand der Förderung von Prostitution erfüllen. In der Praxis wird dies bereits vielfach so bewertet.

Nach den Vorstellungen von Rot/Grün würden zukünftig Bordellbetreiber brav ihrer Meldepflicht beim Arbeits- und Finanzamt und der Zahlungspflicht ihrer Arbeitgeberanteile an die Sozialversicherung nachkommen. Dies ist eine illusionäre Annahme. Die soziale Realität von heute wird sich damit nicht ändern lassen. Prostituierte sind weder arbeitslosen-, renten-, unfall-, kranken- noch pflegeversichert. Abgesehen davon, daß viele Prostituierte selbst Beschäftigungsverhältnisse ablehnen, besteht die Gefahr, daß neue Abhängigkeiten zuungunsten der Prostituierten geschaffen werden.

Das Ziel des freien Zugangs in die Sozialversicherungssysteme kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden und ist nicht zwingend an Beschäftigungsverhältnisse gebunden, bedarf aber neuer gesetzlicher Regelungen im Sozialrecht. <<<

„Das ist mein Abschwung!“

▶▶ | Mit einer Inflationsrate von 3,6 Prozent liegt Deutschland deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die Arbeitslosenzahlen sind saisonbereinigt im Mai im fünften Monat hintereinander gestiegen. Die Wirtschaft wird in diesem Jahr bei 1,5 Prozent Wachstum fast stagnieren.

Der Euro hat im Vergleich zur alten Bundesregierung fast um ein Drittel an Wert verloren. Die Krankenkassenbeiträge steigen auf breiter Front. Die Rentenbeiträge können nur über eine Belastung durch die Ökosteuer konstant gehalten werden.

Versuchte Schröder 1998 noch im Wahlkampf den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung für sich zu beanspruchen, so werden wir auch jetzt vergeblich auf die Wahrheit hoffen.

Trotzdem: **Herr Schröder, das ist Ihr Abschwung!!!** <<<



Wußten Sie schon ...

... , dass sich deutsche Arbeitnehmer im vergangenen Jahr um 98 Millionen Stunden verspätet haben? Umgerechnet auf die Produktivität verbummelten sie so die Leistung von 12000 Jobs. Nach einer Studie der Hamburger Unternehmensberatung BSU entstand der Wirtschaft dadurch ein Schaden von zwei Milliarden Mark.

Experten: Neue Familienförderung führt auch zu Mehrbelastungen



►► | Der von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Familienförderung führt unter Umständen auch zu Mehrbelastungen von Familien. Dies ist aus Stellungnahmen von Sachverständigen zur Öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses zu dem Gesetzentwurf zu entnehmen.

Nach Darstellung des Deutschen Steuerberaterverbandes müssen Familien, die vor allem die bisherigen Ausbildungsfreibeträge ausschöpfen, Einschränkungen hinnehmen. Die vorgesehenen Kürzungen beim Ausbildungsfreibetrag werden nur zum Teil durch die Anhebung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge sowie durch die tarifliche Entlastung ausgeglichen.

Der Deutsche Familienverband urteilt, daß die Vorlage keine bessere Förderung bringt. Die für sächliches Existenzminimum, Betreuung und Erziehung oder Ausbildung vorgesehenen Freibeträge von insgesamt 5.808 Euro (11.360 DM) reichen nicht aus. Erforderlich sind nach Meinung des Verbandes ein Gesamtkinderfreibetrag von mindestens 6.545 Euro (12.800 DM).

Auch fällt die Erhöhung des Kindergeldes um nur 30 DM ab 2002 zu niedrig aus. Gefordert wird ein Kindergeld von 266 Euro (520 DM) pro Kind. Für den Deutschen Frauenrat führt die Abschmelzung des Haushaltsfreibetrages bei Alleinerziehenden ab 2003 zu einer Verschlechterung im Vergleich zu Ehepaaren, die vom Ehegattensplitting profitieren.

Die Familien finanzieren ihre Entlastung zu 40 Prozent selbst, vor allem durch die Reduzierung der Ausbildungsfreibeträge und den Abbau des Haushaltsfreibetrages bei Alleinerziehenden. ◀◀



... das Allerletzte!

Wer sich partout nicht von der Deutschen Mark trennen will, kann eine Münze der alten Währung ständig am Handgelenk tragen. In der Armbanduhr "Coin Watch" dient das Originalmarkstück als Zifferblatt. Ein Schweizer Quarzwerk sorgt für genauen Gang. Die Uhr kostet 165 Mark und ist beim Victoria-Versand in Bietigheim-Bissingen zu haben."